

niederlassen kann. Das *Asylverfahren* ist dafür nicht geeignet. Es ist für den Fall staatlicher Diskriminierung und Verfolgung konzipiert und daher im Anlassfall auf Individuen und Personengruppen anzuwenden. Es eignet sich aber nicht im Falle von kriegsbedingten Vertreibungen und schon gar nicht als Instrument für Zuwanderung. Eigentlich wäre es einfach: Die EU bräuchte, analog zu Kanada, ein transparentes Verfahren, das auf der Basis von Quoten bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, Einwanderung ermöglicht sowie einen Mechanismus, der im Falle von kriegsbedingter Vertreibung einen temporären Verbleib in der EU ermöglicht. Solche Regelungen gibt es zwar, etwa mit der *Blue Card* (2009), die eine Zuwanderung für einen sehr kleinen Kreis besonders qualifizierter Personen ermöglicht, oder der *Massenzustromsrichtlinie* (2001), die eine Folge des Krieges in Jugoslawien ist und temporären Aufenthalt für Geflüchtete aus Kriegsregionen vorsieht. Sie muss vom Rat der EU aktiviert werden, wie jetzt nach dem russischen Überfall auf die Ukraine.

Im Falle Syriens kam es zu keinem solchen Beschluss. Weil es in den Krisenzonen keine Aufnahmeverfahren gab, auf deren Basis eine Verteilung hätte erfolgen können, kam es, ausgelöst durch kurzfristige Sparmaßnahmen bei der Versorgung in den Lagern, zu einem bislang nicht bekannten Zustrom von Flüchtenden. Diese Bilder des Sommers 2015 hatten nachhaltige Konsequenzen, weil sie zu einem politischen Kontrollverlust umgedeutet werden konnten. Noch lange wird der Diskurs über Zuwanderung von diesen Erfahrungen geprägt sein und eine lösungsorientierte Politik erschweren. Die Richtlinie wurde nicht aktiviert, weil man einer Verteilungsdiskussion ausweichen wollte, denn die Verteilung von Geflüchteten oder Zuwandernden auf die einzelnen Mitgliedsstaaten stand immer im Zentrum der Diskussionen. Bei den unterschiedlichen Be-

mühungen zu einem einheitlichen Asylsystem (*GEAS*) zu gelangen, beginnend mit dem *Dubliner Übereinkommen* (1990), das dann auf der Basis des *Amsterdamer Vertrags* als *Dublin-Verordnung* (2003) zu Europäischem Recht geworden ist, war immer das Bemühen im Vordergrund „Asyltourismus“ zu verhindern.

Im Zentrum steht dabei das Prinzip des *Ersteintritts*, d.h. dass jener Staat, in dem die Menschen zuerst das Territorium der EU betreten, für das Asylverfahren zuständig ist. Das klingt nicht unvernünftig, aber nachdem auf diese Weise die Menschen quasi dazu gezwungen sind, ihren Fuß zunächst auf europäischen Boden zu setzen, bevor sie ihr Anliegen vorbringen können, wird dieser Prozess oft zum Überlebenskampf. Die Menschen sind dabei politischer Willkür ausgeliefert und meist auf die Dienste krimineller Schlepper angewiesen. Zudem sind die Staaten, in denen der Ersteintritt in den Schengenraum erfolgt, heillos überfordert. In den Mittelmeeranrainerstaaten zeigte sich das schon vor 2015. Das Dublinsystem begünstigte die wohlhabenden Mitgliedsstaaten.

Nachdem es in der Syrienkrise keine Maßnahmen der EU wie ein quotenbasiertes *Resettlement* oder *humanitäre Korridore* gab, führte die Überstrapazierung des Dublin Mechanismus zum Kollaps des gesamten Systems und schuf ein ideales Betätigungsfeld für den aufkeimenden Rechtspopulismus.

Falsche Prioritäten

Die europäischen Institutionen konnten sich in dieser Situation leider nicht zu einer umfassenden Reform der Migrationspolitik durchringen. Sie versuchten den Zustrom kurzfristig zum Stillstand zu bringen, ohne längerfristig die strukturellen Ursachen zu beseitigen. Die bereits in Griechenland und entlang der Balkanroute festgefahrenen Menschen sollten nach Erledigung der formalen Verfahren auf ganz Europa nach Quoten ver-

teilt werden (*Relocation*), was nicht einmal ansatzweise zustande kam. Grosse Hoffnungen setzte man auf die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Transitstaaten, die auf diese Weise über ein beträchtliches Erpressungspotential verfügten. Der Türkei-Deal (März 2016) zeigt dies deutlich. Der Zustrom konnte signifikant reduziert werden, freilich unter Missachtung der *Menschenrechtskonvention* und der *Grundrechte-Charta*. Im Falle Nordafrikas führte dies zu einer stillschweigenden Duldung und punktuellen Förderung lokaler Milizen. Mittel, die eigentlich für die Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen waren, wurden für „Sicherheitsprojekte“ im nördlichen Afrika umgewidmet.

Für den Schutz der Außengrenzen ist *FRONTEX*, eine 2004 gegründete Agentur der EU, zuständig. Ihre Kompetenzen wurden ständig ausgebaut, besonders nach dem Sommer 2015. Mit Nachdruck verfolgte das europäische Parlament dabei den Schutz der Menschenrechte. Im April 2014 hatte es noch die *Seeaußengrenzenverordnung* verabschiedet, die Pushbacks sowie das Abdrängen auf offener See untersagte. Das alles sollte sich bald als Wunschdenken erweisen. Das Thema wurde tagespolitisch vereinnahmt und emotionalisiert. Rettungsaktivitäten auf hoher See wurden eine Sogwirkung unterstellt und Abwehr, sei es durch Zäune oder durch Gewaltanwendung, zum Allheilmittel hochstilisiert.

Der Schock von 2015 führte zu einer signifikanten Fokussierung auf *FRONTEX*. Die Agentur wurde mit mehr Personal ausgestattet, ihre Kompetenzen erweitert, was zu mehr Autonomie führte. Immer häufiger gab es bald Berichte, dass die Kompetenzen überschritten und eklatante Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und völkerrechtliche Normen passierten, was in der Folge auch bereits das europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF („Office Européen de Lutte

Anti-Fraude“) und den zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments LIBE (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) beschäftigte. Die Vorgänge an der belarussisch-polnischen Grenze vergangenen Herbst zeigen, dass sich gegenwärtig eine Praxis durchsetzt, die immer häufiger die Grund- und Menschenrechte,

die das Gemeinsame Europa vor sich herträgt, notorisch verletzt. Damit beschädigen die politisch Verantwortlichen nicht nur ihre eigene Glaubwürdigkeit, sie tragen auch nicht zur Problemlösung bei. Aus wahltaktischen Motiven setzen sie auf Abschreckung, ohne dabei die Probleme zu lösen. Die Bilder aus Moria oder aus Bihac füh-

ren uns dieses Scheitern täglich vor Augen. Europa wird als Ganzes scheitern, wenn es nicht zu einer lösungsorientierten Strategie, die die Probleme in ihren ganzheitlichen Zusammenhängen sieht, zurückkehrt.

*Mag. Dr. Josef Weidenholzer
ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments*

Besser (ver)teilen – Besser leben

Verteilungsgerechtigkeit hat immer mit Machtverhältnissen, Machtverteilung und Partizipationsmöglichkeiten zu tun. Der Befund für Österreich im Staatenvergleich: äußerst ungerechte Verhältnisse!

Wie kann Umverteilung gelingen, damit jede*r einen fairen Anteil am Volkvermögen hat? Damit beschäftigte sich die Veranstaltung, organisiert von der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung OÖ und dem Sozialreferat der Diözese Linz.

Den Auftakt der Veranstaltung machte Philip Gerhartinger (Arbeiterkammer OÖ) zur aktuellen Verteilungssituation in Österreich. Mehr als 17 Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung sind armutsgefährdet und damit betroffen von einem schlechteren Zugang zu Gesundheitsleistungen, schwierigen Arbeitsbedingungen und geringeren Partizipationsmöglichkeiten. Weiters ist Vermögensungleichheit ein großes Problem in Österreich: Große Vermögen werden vererbt, nicht durch Arbeit erworben. Grundsätzlich gibt es in Österreich sehr wenige Menschen, die sehr viel besitzen. Der überwiegende Teil verfügt kaum über Vermögen. Das vermögensstärkste Prozent besitzt 39 Prozent des Vermögens. Gerhartinger sieht dadurch und auch durch die Tatsache, dass ökonomische Macht oft auch Machtaspekte beinhaltet, ein Demokratieproblem in Österreich – besonders im Hinblick auf die Medienlandschaft. Lösungen zu diesen Problemen sieht der Arbeiterkammer-Experte in einer gerechteren Steuerpolitik und einem starken Sozialstaat, der ein Instrument zur Umverteilung ist. Als mögliche Lösungs-

wege führt Gerhartinger Folgendes an: Begrenzung von Managergagen, kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, Einführung einer Millionärssteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Maßnahmen gegen die internationale Steuervermeidung. Aktuelle Machtstrukturen führen aber dazu, dass viele Maßnahmen nicht umgesetzt werden.

Die Assistenzprofessorin Katja Winkler knüpfte in ihrem Input an die Inhalte von Philip Gerhartinger an: In der katholischen Tradition war Ungleichverteilung immer Thema. In der christlichen Sozialethik wird thematisiert, dass durch Ungleichverteilung von Reichtum Partizipationsprobleme entstehen – es gibt weniger Möglichkeiten an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Dadurch sinken auch die Chancen auf Umverteilung. Katja Winkler nennt Wege, die die katholische Soziallehre vorschlägt, um dieser Problematik entgegenzuwirken. Ein wichtiges Themenfeld ist die Option für die Armen. Dabei soll die politische Teilhabe von allen Menschen gestärkt werden, Menschen sollen als Subjekt und nicht als Objekt wahrgenommen und die Solidarität mit armen Menschen soll verstärkt werden. Wesentlich ist es, die Perspektive der Marginalisierten und Exkludierten einzunehmen. Ein massives Eintreten für den Sozialstaat, im Sinne von Umverteilung und Vermögenssteuern, benennt Katja

*Veranstaltungsbericht:
Katrin Pointner B.A., Sozialreferat
Mag.^a Elisabeth Zarzer, KAB OÖ*

Winkler als essentiell, um zu einer gerechteren Verteilung beizutragen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde der Fokus auf internationale und nationale Verteilung und den Care-Bereich gelegt. Globale Ungleichverteilung im Kontext von Brasilien wurde im Workshop *International* mit der Referentin Anja Appel thematisiert. Wichtig ist es jedenfalls, Strukturen der Ungleichheit klar zu benennen und darauf hinzuweisen, dass Eigentum Menschen verpflichtet, dem Gemeinwohl zu dienen. Gewerkschaften aus Ländern des globalen Südens, Frauen im Allgemeinen und die Wissenschaft sollten international mehr Gehör finden.

Im Workshop zu *Care* berichtete die Krankenpflegerin und Betriebsrätin Martina Kronsteiner von ihren Erfahrungen und der aktuellen Situation im Pflegebereich. Der Care-Bereich ist so wichtig wie nie zuvor, wird jedoch immer noch gering geschätzt, was sich auch am Einkommen erkennen lässt. Die Frage, woran sich diese Ungerechtigkeit festmachen lässt, wurde gestellt. Als Antwort wurden genannt: Entlohnung, Arbeitszeiten, gesellschaftliche Bewertung und sehr unterschiedliche Rollenerwartungen an Männer und Frauen. Möglichkeiten zur Verbesserung sind eine gerechtere Entlohnung, faire Aufteilung der Arbeitszeit (auch der unbezahlten Arbeit), Stellenwert der Geschlechter verändern.

Nicht den Boden unter den Füßen verlieren

Die aktuellen globalen Krisen stellen eine enorme Herausforderung dar. Klimakrise, Pandemie, aber auch der unfassbare Krieg sollten uns darin bestärken, unseren derzeitigen Umgang mit Boden zu überdenken.

Was Boden leistet: Denn neben Luft und Wasser ist auch der Boden eine für uns Menschen lebensnotwendige Ressource, die uns nur begrenzt zur Verfügung steht. Boden ist die Basis unserer Ernährung – die Versorgung mit regionalen, saisonalen Lebensmitteln aber auch Futtermitteln bedarf ausreichender Anbauflächen, auch in Österreich. Das Thema Selbstversorgung und die ökologischen Auswirkungen, beispielsweise der Soja-Importe, wurden lange zu sehr außer Acht gelassen.

Im Kohlenstoffhaushalt nimmt der Boden als größter terrestrischer Kohlenstoff-Speicher eine entscheidende Rolle ein – er speichert mehr als Pflanzen oder die Atmosphäre. Aber unverbauter Boden leistet noch viel mehr: er filtert und reinigt das Regenwasser und somit unser künftiges Trinkwasser. Hält bei – durch die Klimaerhitzung zunehmenden – Starkregenereignissen das zu viel an Wasser zurück und schützt somit vor Hochwasser. Bei zu wenig Wasser und Hitze wirkt unverbauter Boden wie eine Kühlanlage.

Sorglos - bodenlos

Trotzdem gehen wir immer noch sehr sorglos mit Boden um – tagtäglich werden in Österreich rund 12 Hektar Boden verbraucht – rund 40 Prozent davon werden auch versiegelt, also mit Beton oder Asphalt überzogen. Damit sind wir weit entfernt vom Ziel, das sich die derzeitige Bundesregierung gesetzt hat, nämlich den Bodenverbrauch auf 2,5 Hektar pro Tag bis 2030 zu reduzieren. Denn alleine OÖ verbraucht derzeit noch fast zwei Hektar täglich! Die Flächeninanspruchnahme nimmt auch auf die Qualitäten des Bodens keine Rücksicht. So verbauen wir in vielen Teilen Österreichs unsere fruchtbarsten Böden. Dabei kann die Erderhitzung auch in Österreich gravierende

Auswirkungen auf die Produktivität der Böden haben. Die sogenannte BEAT-Studie der AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) stellt dar, dass es zu einem Produktivitätsrückgang von rund 20 Prozent – in manchen Teilen Österreichs vor allem in den „Kornkammern“ des östlichen Niederösterreichs sogar bis zu 50 Prozent kommen kann.

Boden vernünftig nutzen

Um erfolgreich gegenzusteuern, sind Maßnahmen auf allen Ebenen nötig und jede*r Einzelne kann dazu beitragen, dass wir nicht den Boden unter unseren Füßen verlieren. Im eigenen Garten auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel oder Dünger verzichten, Artenvielfalt Raum geben oder die versiegelten Flächen minimieren. Aber auch als Konsument*in durch den Einkauf von regionalen Bio-Produkten und der Vermeidung von Lebensmittelabfällen.

Die österreichische Bevölkerung könnte bereits jetzt zur Gänze in Einfamilienhäusern wohnen, wenn sich vier Personen ein Haus teilen würden. Dieser erstaunliche Vergleich aus der Ausstellung „Boden für alle“, die noch bis Mitte Juni im afo (architekturforum oberösterreich) in Linz zu sehen ist, macht deutlich, dass wir viel Fläche zur Verfügung haben. Wir müssen sie nur vernünftig nutzen.

Ein wichtiger Hebel ist, in den Gemeinden und Regionen das Thema Leerstand und Brache anzugehen. Um dieses Potential zu nutzen, gibt es seit kurzem auch einen bundesweiten Brachflächendialog und eine Förderung zur Erstellung von Konzepten.

Zahlreiche ermutigende Beispiele, wie Trofaiach in der Steiermark oder die Nutzung der ehemaligen Textilfabrik Vonwiller in Haslach zeigen, dass Bodenschutz auch die Lebensquali-

Mag.^a Gerlinde Larndorfer-Armbruster, Bodenbündnis/Klimabündnis OÖ

tät in Gemeinden heben kann. Es gelang leerstehende Gebäude mit Leben zu füllen, Musikschule und Veranstaltungssaal fanden so im Gemeindezentrum Platz und mussten nicht auf die grüne Wiese gebaut werden.

Der Raumplanung kommt natürlich die Schlüsselfunktion zu. Gute flächensparende Planung und Erschließung, kompakte Wohnformen, die Nutzung von bereits gewidmetem Bauland, Baulandsicherungsverträge sind nur ein paar wichtige Schlagwörter. Dabei kommt der regionalen Planung und der Zusammenarbeit von Gemeinden eine große Rolle zu, denn nur wenn die Konkurrenz zwischen den Gemeinden, um die Ansiedlung von Betrieben oder auch Einwohner*innen beendet wird, kann der hoffentlich beste Standort gefunden werden. So gibt es in OÖ sogenannte INKOBA-Gebiete, also interkommunale Betriebsansiedlungsgebiete, wo die Einnahmen unter den beteiligten Gemeinden aufgeteilt werden.

Boden vernünftig nutzen heißt auch, dem Auto nicht so viel Boden einzuräumen. Das Fahrrad, der öffentliche Verkehr sind „platzsparender“ und Parkflächen sollten unter oder über Geschäftsflächen wandern. Werden sie oberirdisch angeordnet, sollte überprüft werden, ob eine gänzliche Versiegelung nötig ist. Denn als Schotterterrassen oder mit Rasengittersteinen ausgeführt bleibt der Boden darunter mit einem Teil seiner Funktionen erhalten und kann Wasser aufnehmen oder Pflanzen und Tieren Lebensraum bieten. Denn auch wenn Entsiegelung z. B. von Parkflächen Sinn macht und in Zukunft eventuell eine stärkere Rolle spielen kann, muss uns klar sein, dass verbauter Boden nur sehr schwer und kostenintensiv zu dem wird was Boden ist, ein vielfältiges faszinierendes Ökosystem, mit dem wir im eigenen Interesse sorgsamer umgehen sollten.

Ostkirchenexperte übt Kritik an Russischer Kirche

Die strategische Allianz zwischen russischer Politik und Kirche nimmt der Salzburger Theologe Dietmar Winkler im Rahmen eines Vortrages in den Blick.

Kritik am Verhalten und Expansionskurs der Russisch-Orthodoxen Kirche hat der Salzburger Ostkirchenexperte Prof. Dietmar Winkler geübt. Im Rahmen eines Online-Vortrags skizzierte er die Hintergründe für das Verhalten der russisch-orthodoxen Kirche unter Patriarch Kyrill I, der den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin bei seinen imperialen Bestrebungen unterstützt. Dem Patriarchat von Moskau gehe es in seinem Agieren nicht um die Gesamtorthodoxie, sondern alleine um die Russisch-Orthodoxe Kirche. Dass das Patriarchat seinen Anspruch weit über die eigenen Grenzen erhebt, zeigt nicht nur der Blick auf die Ukraine, sondern ebenso im Baltikum oder zuletzt die Errichtung diözesaner Strukturen in Afrika auf dem kanonischen Territorium des orthodoxen Patriarchats von Alexandria.

Sehr kritisch ging Winkler mit der Berufung der Kriegstreiber auf die Kiewer Rus um. Dabei handelte es sich historisch um eine lockere Föderation von Teilfürstentümern, in der die orthodox-slawische Kultur blühte. Das wurde zum Gründungsmythos des russischen (russländischen) und des ukrainischen Staates, ebenso wie der orthodoxen Kirchen Russlands und der Ukraine. Dieser mythologische Hintergrund werde seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Niederlage Russlands im Kalten Krieg mit dem politisch ideologischen Modell der „Russischen Welt“ (Russkij Mir) vermengt, das auf die Wiedervereinigung des ehemaligen imperialen Russlands abzielt. „Der Geschichtsmythos wird von russischer Geopolitik instrumentalisiert und realpolitisch umgesetzt“, warnte Winkler.

In der russischen Öffentlichkeit würden kirchliche und politische Narrative entwickelt, die sich wechselseitig unterstützen. Ein politisches Nar-

rativ Putins sei jenes der Schwäche demokratischer Gesellschaften, die keine starken Führer haben. Dies zielt vor allem auf den „liberalen Westen“, den er als schwach ansieht. Das betreffe etwa schwierige demokratische Entscheidungsfindungsprozesse oder gesellschaftliche Tendenzen für vielfältige Lebensformen. Der russische Staat wie auch die dortige Kirche würden hier in konservativen Kreisen tief sitzende Homophobien bedienen.

Strategische Allianz

Dieses politische Narrativ werde von einem kirchlichen Narrativ begleitet und unterstützt, das sich spätestens seit 2011 deutlich abzeichnete. Als ein diesbezügliches Datum machte Winkler die Rede von Metropolitan Hilarion (Alfejew) im März 2011 beim Weltkirche-Kongress des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ im deutschen Würzburg aus. Der Leiter des Moskauer Außenamts warb dort für eine „strategische Allianz“ mit der katholischen Kirche zur Verteidigung traditioneller Werte in Europa. Im Rahmen dieser Partnerschaft sollte gemeinsam das gesellschaftliche Bewusstsein für die Unauflöslichkeit der Ehe und den Wert menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum Tod gefestigt werden. Kardinal Kurt Koch, Präsident des Päpstlichen Einheitsrates, nahm an der Tagung teil, reagierte damals aber sehr zurückhaltend, berichtete Winkler. Moskau erkenne auch nicht, so der Ostkirchenexperte weiter, dass es sich bei den Werten des „liberalen Westens“ letztlich um Werte handelt, die mit dem Christentum korrespondieren: die Unantastbarkeit der Menschenwürde des Einzelnen, Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung oder generell die Menschenrechte. Das Verhalten von Patriarch Kyrill schwäche auf lange Sicht die russische Ortho-

*Veranstaltungsbericht:
Mag.^a Lucia Göbesberger, Sozialreferat,
mit Material der Kath.Press*

doxie, zeigte sich Winkler überzeugt. Selbst die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats werde in den aktuellen Kriegshandlungen von ihrem Kirchenoberhaupt in Moskau im Stich gelassen. Auch in der Diaspora würden sich russisch-orthodoxe Gläubige und Pfarren von ihrem Patriarchen abwenden. Innerhalb der Ökumene ortete Winkler für den russischen Patriarchen den „totalen Glaubwürdigkeitsverlust“.

Das Verhalten der Russischen Kirche stehe auch im Kontrast zu jenem des Ökumenischen Patriarchats. Konstantinopel habe im zweiten Jahrtausend der Kirchengeschichte immer wieder einzelnen orthodoxen Landeskirchen die Unabhängigkeit (Autokephalie) gewährt; im Übrigen im 16. Jahrhundert auch dem Moskauer Patriarchat. Das Ökumenische Patriarchat habe sich damit de facto selbst verkleinert und – nach weltlichen Maßstäben – Macht abgegeben, zugleich aber Verantwortung für die Gesamtorthodoxie übernommen. Für die katholische Kirche müsse gelten, „dass der Ansprechpartner für die Gesamtorthodoxie das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel ist“. Dessen Position gehöre gestärkt, wenn Rom mit der Orthodoxie im ökumenischen Dialog vorankommen will. Der Dialog mit dem Moskauer Patriarchat müsse zwar aufrecht erhalten bleiben, „aber mit dem rechten Augenmaß und keinesfalls um jeden Preis“. Winkler kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Begegnung von Papst Franziskus mit Patriarch Kyrill 2016 auf Kuba letztlich bis heute von der Russischen Kirche instrumentalisiert wird. Vor einem weiteren Treffen mit Patriarch Kyrill müsste Papst Franziskus zunächst nach Kiew oder sich in anderer angemessener Weise der Ukraine zuwenden.

Der Preis unserer Energieversorgung

Die Ökologisierung des Energieverbrauchs ist geboten. Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat das beschleunigt. Die steigenden Preise werfen soziale Fragen auf.

Die Wohnung heizen und beleuchten können, kochen, Handy laden, Computer und Internet nutzen – Energie ist ein existentieller Bestandteil unseres täglichen Lebens.

Massive Energiepreiserhöhungen bereiten aber immer mehr Menschen Sorgen. Gleichzeitig steht durch den russischen Aggressionskrieg in der Ukraine die Gasversorgung allgemein auf dem Prüfstand und Energiearmut ist für immer mehr Haushalte spürbare Realität. Wie kam es dazu?

Die Problematik mit dem Erdgas

Erdgas ist aktuell unersetzbar: Zirka eine Million Haushalte in Österreich heizen damit; ein noch größerer Teil des Verbrauchs fällt auf den produzierenden Bereich. Rund ein Drittel wird für die Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt. Gerade für die Stromversorgung spielt Erdgas eine zentrale Rolle.

Gaskraftwerke sind flexibel einsetzbar, deshalb werden sie dazu verwendet, die volatile, weil stark witterungsabhängige Einspeisung erneuerbarer Energie auszugleichen. Vor allem im Winter, wenn Photovoltaik-Anlagen, Windräder und Laufwasserkraftwerke weniger Strom erzeugen, die Nachfrage aber hoch ist, liefern Gaskraftwerke Strom und (Fern-)Wärme. Weil der Strommarkt nach dem sogenannten „Merit-Order-System“ (Reihenfolge der Vorteilhaftigkeit) funktioniert – das teuerste Kraftwerk, das gerade noch gebraucht wird, um die Nachfrage zu decken, bestimmt den Preis, und das sind häufig Gaskraftwerke – ist auch der Strompreis in noch nie da gewesene Höhen geschnellt. Zusätzlich zur Energieerzeugung wird also die Preissituation für die Konsument*innen immer volatil.

Notwendig und doch unbezahlbar

Wie die Preisentwicklung weitergehen wird, hängt in erster Linie von der geopolitischen Situation ab. Es ist aber davon auszugehen, dass Energie nicht mehr so billig sein wird wie noch vor wenigen Jahren. Die Börsenpreise für Strom und Gas befanden sich jedoch schon vor der Eskalation in der Ukraine auf einem noch nie da gewesenen Niveau. Bereits seit letztem Herbst spüren das auch vermehrt die Energiekund*innen selbst. Besonders für energiearme Haushalte ist die Preisexplosion kaum noch zu stemmen. Wenn geringe Einkommen auf hohe bzw. steigende Energiepreise, schlechten thermischen Wohnstandard und/oder veraltete Geräteausstattungen treffen, ist die Situation prekär. Diese Haushalte kämpfen – trotz sparsamen Verhaltens – mit Energieschulden, beispielsweise, weil ihre Wohnräume schlecht isoliert sind oder Heizungsanlagen veraltet und ineffizient sind. Sie sind dann sogar doppelt belastet: Es ist immer noch kalt in der Wohnung und die Energieschulden müssen bezahlt werden.

Preiserhöhungen im jetzigen historischen Ausmaß stellen aber auch Mittelverdiener*innen- oder Pensionist*innenhaushalte, für die sich durch ihr Einkommen oder ihre Pension bisher nie die Frage nach einer offenen Energierechnung stellte, vor Probleme. Wie geht es aber jetzt weiter?

Wie sozial abfedern?

Energie als zentraler Teil der Daseinsvorsorge muss jedenfalls weiterhin leistbar bleiben! Dafür gibt es einen großen Werkzeugkasten an Möglichkeiten, der endlich umfassend genutzt werden muss. Beispielsweise können die hohen Preissteigerungen bei den Haushalten durch Abschöpfen der

Mag.^a Christina Brichta-Hartmann
Sandra Matzinger, B.A., M.Sc., Ph.D.,
Arbeiterkammer Wien

sogenannten „windfall profits“ abgemildert werden: Das sind Überschussgewinne, die aufgrund des Merit-Order-Effekts entstehen. Weil sich die Erzeugungskosten von Anlagen, die Strom auf Basis von erneuerbaren Energieträgern erzeugen (Wind, Photovoltaik und Wasserkraft), in letzter Zeit nicht geändert haben, entstehen massive Überschussgewinne. Denn die zu den gleichen Kosten erzeugte Energie kann jetzt viel teurer verkauft werden. Auch die Erzeugung in Gaskraftwerken selbst basiert auf langfristigen Lieferverträgen – die Gaspreise an der Börse schlagen nicht sofort eins-zu-eins auf die Kosten durch. Die internationale Energieagentur schätzt, dass sich diese Überschussgewinne in ganz Europa auf ungefähr 200 Milliarden Euro belaufen; viel Geld also, das zur Unterstützung der Haushalte genutzt werden könnte. Gleichzeitig könnten Lieferanten Gutscheine und Gratisenergetage anbieten, um die Kosten der Kund*innen ein wenig abzufedern – das verbietet kein Gesetz.

Zukunftsaussichten

Zielgerichtete Erhöhungen von Sozialleistungen, gerade zur Unterstützung besonders betroffener Haushalte, anstatt anlassbezogener Einmalzahlungen wie sie aktuell von der Politik gesetzt werden, wären die nachhaltigste Alternative. Man könnte auch ganz oben ansetzen und das Marktmodell ändern – das Merit-Order-Prinzip ist nicht in Stein gemeißelt. Die jetzige Phase zwingt uns jedenfalls, ernsthaft über Alternativen nachzudenken.

Dieser Beitrag ist in ähnlicher Form am A&W Blog, der Online-Kanal der Zeitung „Arbeit&Wirtschaft“, sowie in der Zeitschrift „Wirtschaft&Umwelt“ erschienen.



Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

W. Blum, H.P. Gaisbauer, C. Sedmak: Subsidiarität. Tragendes Prinzip menschlichen Zusammenlebens. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2021, 228 Seiten.

Subsidiarität ist eine der Säulen der Katholischen Soziallehre – Was die kleinste Einheit leisten kann, das darf ihr nicht weggenommen werden, aber es muss auch von dieser durchgeführt werden. Der erste Abschnitt von W. Blum befasst sich mit der historischen Entwicklung des Prinzips „Subsidiarität“. Von christlichen und heidnischen Gemeinschaften bis zu modernen Verfassungen von Staaten wie Deutschland, Österreich und Frankreich. Im zweiten Teil wird von einer Fallstudie ausgegangen, die aktueller nicht sein könnte, nämlich der Flüchtlingspolitik seit 2015. Dort wird auch der Begriff des „humanitären Korridors“ erläutert. Das Prinzip „Subsidiarität“ funktioniert am besten in stabilen und klar strukturierten Ordnungen, die aber leider oft nicht vorhanden sind. Auch der abschließende dritte Teil widmet sich einer Fallstudie, nämlich der Armut und Subsidiarität in Siebenbürgen (Rumänien). Insgesamt interessante Überlegungen zu einem aktuellen Thema.

M. Hecht: Die Einsamkeit des modernen Menschen. Wie das radikale Ich unsere Demokratie bedroht. Verlag Dietz, Bonn 2021, 203 Seiten.

Die Renaissance brachte dem Menschen eine Befreiung vom Feudalismus, von den Zwängen der Tradition und kirchlichen Religion. Das „Ich“ wurde erkannt und jede/jeder versuchte den eigenen Lebensentwurf umzusetzen. Das gelang dem/der einen mehr dem/der anderen weniger. Das kapitalistische System förderte das Konkurrenzdenken. Es gibt Ge-

winner*innen und sehr viele Verlierer*innen. Für die bleibt nur die Enttäuschung, Frust und daraus folgend Aggression und Protest bis zur Ablehnung des ganzen politischen Systems, ja sogar bis zum Hass. So gefährdet der Individualismus die Demokratie. Die grundlegende Frage für den Autor ist folgende: Wie gelangen wir wieder zu mehr Gemeinsamkeit, zu mehr Solidarität. Der Weg von der Analyse zur Lösung ist spannend aufbereitet, aber für den/die Leser*in auch fordernd und mit Gewinn zu lesen.

M. Erlinger (Hg.): Nachhaltig leben lernen. Verlag Anton Pustet, Salzburg 2022, 93 Seiten.

Die Beiträge in diesem Sammelband beinhalten die verschriftlichten Vorträge der Internationalen Pädagogischen Werktagung, Salzburg 2021. Es ging um die Frage des Klimawandels und der Nachhaltigkeit und was die Pädagogik und Bildung dazu beitragen können. Es wurden Wege für die konkrete Umsetzung aufgezeigt, denn es brennt der Hut im wahrsten Sinn des Wortes. Ein Schwerpunkt der Referate lag auf dem Thema Nachhaltigkeit und Verzicht (weniger ist mehr), Nachhaltigkeit als Konflikt (Böhnisch) und Suffizienz als Schlüssel zur Nachhaltigkeit (Rosenberger). Ausgehend von nachhaltigen Entwicklungszielen aus der Agenda 2030 werden eindrucksvoll gemeinsame Such-, Lern- und Gestaltungsprozesse vorgestellt. Auch die zusammengefassten Diskussionsbeiträge liefern noch interessante Vorschläge.

In eigener Sache

Dieser Ausgabe liegt ein Zehlschein bei.
Wir ersuchen Sie um Einzahlung eines freiwilligen **Druckkostenbeitrages von 9 Euro** für das Jahr 2022.
IBAN: AT37 5400 0000 0001 6972
Verwendungszweck: 4902 31231.

DANKE für Ihre Unterstützung!
Das Redaktionsteam

Am Boden der Realität

Ich hatte lange geputzt, weil die Welpen haart. Was für ein Luxusproblem. Ich fragte mich, was ukrainische Familien jetzt darum gäben, keine anderen Sorgen als Kreuzweh und dreckige Böden zu haben! Die Weltlage machte mich unfroh, also ließ ich das Putzen und stapfte mit der Hündin in den Frühling hinaus. Sie wuselte herum, voll ansteckender Lebensfreude. Da fiel mir ein, dass ja auch der vermaledeite Putin ein großer Hundefreund ist, das Internet ist voller Bilder, die den Massenmörder mit dicken Welpen im Arm zeigen. Was soll das?! Wieso haben die Tiere keine beruhigende Wirkung auf den aktuell blödesten, gefährlichsten Mann der Welt? Warum lässt der sich durch nichts von seiner toxischen Arbeit ablenken, während ich nicht einmal das Staubsaugen fertig kriege, vom Roman ganz zu schweigen? Liegt es daran, dass Putins Mutter ihn als Kind nicht lange genug mit Spielzeugwaffen herumlaufen hat lassen? Ich war jahrelang Indianerhäuptling und weine heute, wenn ich unabsichtlich auf einen Krokus trete. Wieso beruhigt den Tyrannen der Anblick seiner Labradore nicht?

Es muss, so dachte ich, an der fundamentalen Verunsicherung der Patriarchen liegen, sie ahnen, dass die Zeit ihrer Alleinherrschaft abgelaufen ist. Putin bricht stellvertretend für alle pensions-überreifen Herrenmenschen ein letztes Gefecht vom Zaun. Er wird sich nicht wundern dürfen, wenn wir ihm zu Fleiß das Matriarchat durchsetzen! Ich stellte mir vor, wie ich in den Kreml schreite und den Tyrannen am Ohr packe, hinein schreie, dass er sich dawai, dawai mit den Hundis in seine Datsche verzapfen soll. Da flog ein Fasanenherr mit glänzendem Gefieder aus dem Unterholz, die Hündin sprang ihm nach, riss mich an der Leine um, hinab aufs Erdreich.

Ihre Weinbergsschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter
Pax Christi

TERMINE

Andacht zum Taufstag von Franz Jägerstätter

Sa., 21. Mai 2022, 14 Uhr
Mariendom Linz, Herrenstraße 26,
4020 Linz
Zebrant: Prälät Mag. Maximilian
Mittendorfer, emer. Bischofsvikar

Monatstreff Pax Christi OÖ Menschenrechte an den Grenzen. Ukraine und Griechenland

Di., 24. Mai 2022, 18.30 bis 20 Uhr
Referentin: *Dipl.-Päd.ⁱⁿ Monika
Weilguni*
Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz
Information und Anmeldung:
www.dioezese-linz.at/urbiorbi
☎ (0676) 87 76 60 00

Eine sozial-ökologische Transformation ist notwendig

Mi., 1. Juni 2022, 19 Uhr
Podiumsdiskussion
Referent*innen: *Dr.ⁱⁿ Michaela Moser,
LR Stefan Kaineder,
Dir. Franz Kehrer MAS, KRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ
Mag.^a Angelika Sery-Froschauer*
Moderation: *Dr.ⁱⁿ Magdalena
Holztrattner*
Dominikanerhaus Steyr, Grünmarkt 1,
4400 Steyr,
Information und Anmeldung:
www.dominikanerhaus.at

Politisches Gebet

Frieden – Vergessene Krisen

Do., 2. Juni. 2022, 18.15 bis 19 Uhr
Martin Luther Kirche, Martin-Luther-
Straße 2, 4020 Linz

Jägerstätter-Gedenken

Mo., 8. und Di., 9. August 2022
Das alljährliche Jägerstätter-Gedenken
wird heuer wieder in gewohnter Form
stattfinden.
Kirche St. Radegund, St. Radegund 6,
5121 St. Radegund
Information und Anmeldung:
office@paxchristi.at

Zuhören statt zumachen Im Gespräch bleiben – persönlich und als Gesellschaft

Verschwörungsmythen sind mittlerweile weit verbreitet und führen zur Polarisierung in der Gesellschaft. Für viele wird es immer schwieriger, unterschiedliche Meinungen nebeneinander stehen zu lassen und es kommt zu Konflikten oder Beziehungs-Abbrüchen, die durch Familien und Freundeskreise gehen.

Bei dieser Veranstaltung werden unterschiedliche Aspekte thematisiert, die für ein gutes Miteinander notwendig sind und dazu beitragen, dass es wieder gelingt, ins Gespräch zu kommen.
Was bedeuten die aktuellen Spaltungen für unsere Demokratie und unsere Gesellschaft?

Die Veranstaltung zeigt Möglichkeiten auf, (eigene) Standpunkte zu hinterfragen und zum Umgang mit anderen Meinungen. Wie können wir als Gesellschaft wieder aufeinander zugehen und was braucht es dazu von politischer Seite?

Referent*innen:

- » Dr.ⁱⁿ Tamara Ehs, Politologin und Demokratieexpertin
- » Mag.^a Dr.ⁱⁿ Marion Wisinger, Politologin und
Trainerin für Argumentationstrainings
- » Mag. Herbert Mühringer, Referent für Weltanschauungsfragen
- » *Moderation:* Dipl.-Theol. Martin Kranzl-Greinecker

Termin: Do., 9. Juni 2022, 19 Uhr

Veranstaltungsort: VHS Linz (Wissensturm), Kärntnerstraße 26, 4020 Linz

Informationen:

www.dioezese-linz.at/soziales

Eintritt frei

*Kooperationsveranstaltung von KBW-Treffpunkt Bildung, Sozialreferat der
Diözese Linz, Volkshochschule Linz*

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Sozialreferat,
Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.



Katholische Kirche
in Oberösterreich